

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 27. Mai 2010

Happy Birthday, Seite 100!

Vor 30 Jahren – im Juni 1980 – starteten ARD und ZDF ein gemeinsames Teletextangebot anlässlich der Internationalen Funkausstellung. Seitdem kann sich jeder Zuschauer per Fernbedienung auf der Startseite 100 einen Überblick über das Zusatzangebot verschaffen – das von der Programminformation über die Wettervorhersage bis hin zu Sportergebnissen reicht. Längst liefern alle deutschen Sender jeweils eigene Videotexte. Am häufigsten gelesen werden – wenn man sie alle zusammenrechnet – die Angebote der dritten Programme, die

beispielsweise auch Verkehrsnachrichten beinhalten. Auf Platz zwei der beliebtesten Zusatzquellen rangiert mit dem Ersten ebenfalls eine öffentlich-rechtliche Anstalt. Meistfrequentierter privater Sender ist auf Platz drei RTL. Im Schnitt greifen täglich rund 14,5 Millionen Menschen auf die Textseiten deutscher Fernsehsender zu – die Tendenz ist allerdings fallend. Ursache dafür ist der technische Fortschritt: Moderne TV-Geräte mit digitalem Empfang blenden beim Umschalten nämlich automatisch Informationen über die ausgestrahlte Sendung ein.

In dieser Woche

Atomausstieg: Wie lange sollen deutsche Kraftwerke noch laufen? Diese Frage beschäftigt derzeit die Öffentlichkeit, denn der vor zehn Jahren beschlossene Atomausstieg steht auf dem Prüfstand. Aus ökonomischer Sicht ist eine Laufzeitverlängerung sinnvoll. Seite 2

Konjunktur: Laut IW-Frühjahrsumfrage geht die Mehrheit der krisengeschüttelten Unternehmen nicht davon aus, schon bald wieder das frühere Geschäftsvolumen zu erreichen. Besonders langsam vollzieht sich der Aufschwung bei Baubetrieben und Investitionsgüterfirmen. Seite 3

Steuereinnahmen: In den kommenden drei Jahren fließen insgesamt fast 39 Milliarden Euro weniger an Steuern in die Staatskasse als zuletzt veranschlagt. Dennoch gibt es keinen Grund zur Sorge: Für 2014 sagen die Schätzer ein neues Allzeithoch beim Steueraufkommen vorher. Seite 4-5

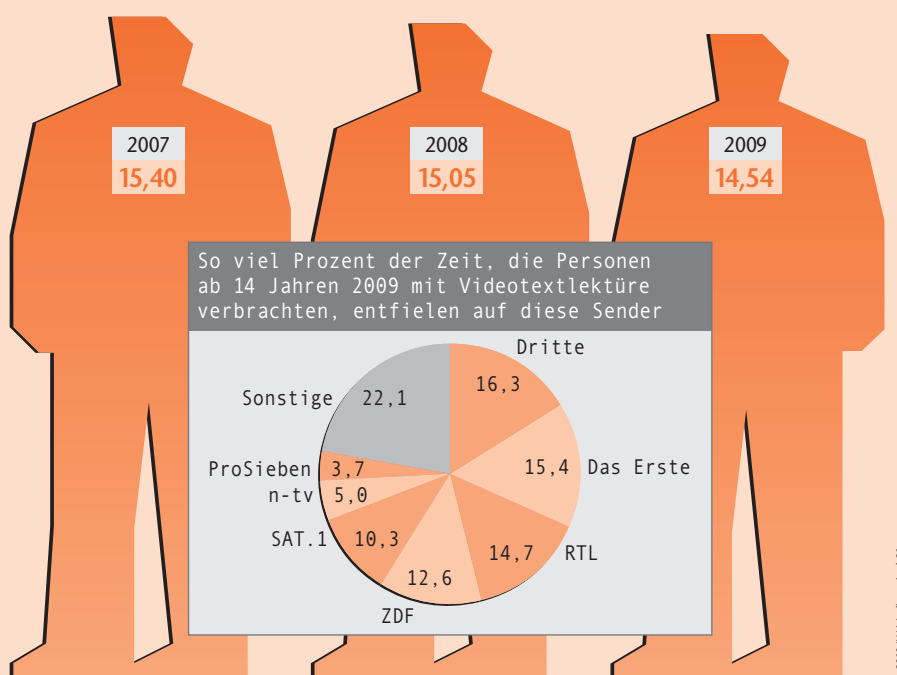
E-Business-Standards: Jeder zweite deutsche Betrieb wickelt Geschäftsprozesse mittlerweile digital ab. Die Kommunikation mittels E-Business-Standards wird hauptsächlich von Großunternehmen praktiziert. Vorreiter ist die Nahrungsmittelindustrie. Seite 6

Südafrika: Eine hohe Arbeitslosigkeit und eine vergleichsweise geringe Wirtschaftskraft kennzeichnen das Land am Kap. Deutliche Wachstumsimpulse sind nötig – die die Fußballweltmeisterschaft, die am 11. Juni in Südafrika startet, zumindest mittelfristig auslösen könnte. Seite 7

Arbeitsmarkt: Die Wirtschaftskrise hat vergleichsweise wenige Menschen den Job gekostet. Das liegt nicht allein an der Ausweitung der Kurzarbeit: Auch der Abbau von Überstunden sowie die Auflösung von Arbeitszeitguthaben trugen zur Stabilisierung der Beschäftigung bei. Seite 8

Videotext: Die Mattscheibe als Infoquelle

So viele Millionen Menschen nutzten den Teletext in Deutschland täglich



2009: Januar bis Oktober
 Quelle: Media Perspektiven

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Atomausstieg Später ist ökonomischer

Vor zehn Jahren hat die damalige rot-grüne Bundesregierung mit der Energiewirtschaft eine Vereinbarung zum Atomausstieg unterzeichnet. Doch die meisten der deutschen Kernkraftwerke laufen immer noch. Und sie könnten noch viele Jahre weiter am Netz bleiben und preiswerten Strom produzieren. Denn einen adäquaten und ausreichenden Ersatz gibt es bisher nicht.

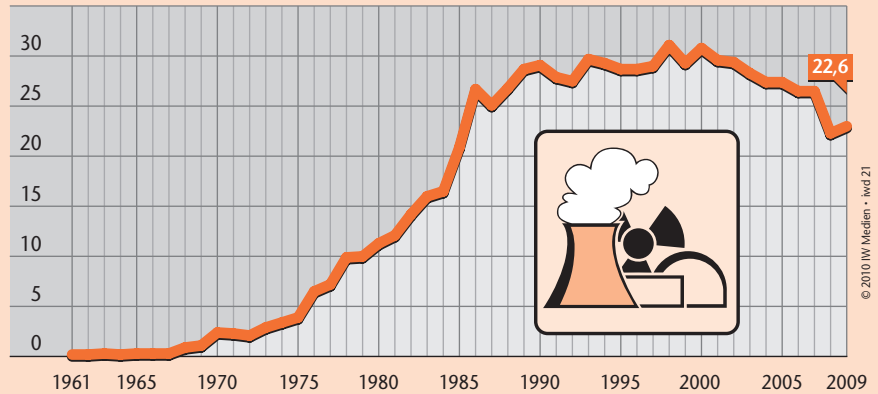
Als mit der rot-grünen Regierung 1998 zum ersten Mal ausgewiesene Gegner der Nutzung von Kernkraftwerken die Verantwortung in Deutschland übernahmen, stand ein Projekt ganz oben auf der Agenda: Der Ausstieg aus der Atomkraft sollte so schnell wie möglich vollzogen werden. Unfallgefahren, das Problem der langfristigen Lagerung von radioaktiven Abfällen und die internationale Verbreitung von strahlendem Material waren die wesentlichen Argumente gegen den Strom aus der Kernspaltung.

Für die Grünen gehört der Protest gegen die Kernkraft zum Gründungsmythos. Viele Anhänger wünschten sich damals von Rot-Grün einen sofortigen Ausstieg aus der ungeliebten Technologie. Alle Kernkraftwerke sofort abzuschalten, hätte aber unabsehbare Folgen für die Stromversorgung gehabt. Zudem hätten mögliche Entschädigungsansprüche gedroht. Um dies zu vermeiden, wurde am 14. Juni 2000 eine Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Betreibern von Kernkraftwerken geschlossen, die den Atomausstieg regelte.

Von einem Konsens zwischen Politik und Wirtschaft konnte aber keine Rede sein. Dass die Energieversorger ihre Kraftwerke gerne länger betreiben wollten, steht schon im ersten Absatz des Papiers. Der damalige Ausstiegsbeschluss begrenzte die Laufzeit der Kraftwerke auf rechnerisch 32 Jahre. In der Folge wurden 2003 und 2005 die beiden Kraftwerke Stade und Obrigheim abgeschaltet. Im Jahr 2022 soll voraussichtlich der letzte Kraftwerksblock vom Netz gehen.

Kernenergie: Seit 25 Jahren eine starke Größe

Anteil der Kernenergie an der deutschen Stromerzeugung in Prozent



2009: vorläufige Angaben; bis 1990 Westdeutschland
Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Damit fiel ein wichtiger Baustein der Stromversorgung weg, der erst 50 Jahre überhaupt eine Rolle spielt. 1961 kamen gerade einmal 0,02 Prozent des Stroms in Deutschland aus der Kernenergie. Erst 1979 konnte die 10-Prozent-Marke übersprungen werden. Der große Aufschwung folgte dann bis zur Mitte der 1980er Jahre (Grafik).

Die meiste Energie aus Kernspaltung wurde 1997 und 1999 in deutsche Netze gespeist, also unmittelbar vor der Vereinbarung zum Ausstieg – damals entfielen über 30 Prozent der heimischen Stromproduktion auf die Kernenergie.

Bedingt durch die ersten Abschaltungen und temporäre Ausfälle ging der Anteil seitdem auf unter 23 Prozent zurück. Währenddessen ist aber der Stromverbrauch der Bundesbürger weiter gestiegen. Ein Ersatz für die Atommeiler ist also dringend nötig. Daraus ergeben sich allerdings drei Probleme:

- **Kosten:** Strom aus bestehenden Kernkraftwerken ist konkurrenzlos günstig. Alle Alternativen sind teurer – sowohl für Versorger als auch für Verbraucher.
- **Versorgung:** Kernkraftwerke können Tag und Nacht Strom produzieren und sind nicht abhängig von Wind und Sonne. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Stromversorgung.

- **Klimaschutz:** Bestehende Kernkraftwerke emittieren im Betrieb kaum Kohlendioxid. Wird Atomstrom durch Energie aus fossilen Kraftwerken ersetzt, erweist man dem Klimaschutz einen Bärendienst.

Aus genau diesen Gründen wird der Ausstiegsbeschluss aus dem Jahr 2000 von einigen Politikern wieder verstärkt infrage gestellt. Außer Deutschland ist ohnehin keines der bedeutenden Industrieländer auf einem so klaren Anti-Atomkraft-Kurs.

Diskutiert wird derzeit, die Laufzeit der Kernkraftwerke von 32 Jahren auf 40 oder sogar auf 60 Jahre zu verlängern. Einen Neubau von Atommeilern soll es aber auch nach den Plänen der amtierenden Bundesregierung nicht geben. Die letzten Kraftwerke würden damit gegen Mitte des Jahrhunderts vom Netz gehen.

Bis dahin sollte auch der Übergang zu erneuerbaren Energien weitgehend gelungen sein. Voraussetzung hierfür ist aber, dass der grüne Strom auch rund um die Uhr zur Verfügung steht und dessen Erzeugung deutlich preiswerter wird als bisher. Bis es so weit ist, ist es ökonomisch sinnvoll, günstigen Strom mit den bestehenden Kernkraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland bereitzustellen.

Konjunktur

Langer Weg aus tiefem Tal

Gut die Hälfte der von der jüngsten Rezession betroffenen Unternehmen in Deutschland wird 2010 und 2011 wirtschaftlich das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreichen. Die Firmen reagieren auf die anhaltenden Turbulenzen vor allem damit, dass sie Personal abbauen und auf Modernisierungsinvestitionen verzichten. An der Aus- und Weiterbildung sowie der Forschung und Entwicklung wird dagegen meist nicht gespart.

Weitere Aussichten: recht freundlich. So lässt sich die aktuelle Frühjahrsumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zusammenfassen, wonach 47 Prozent der Unternehmen für 2010 eine höhere Produktion als im Krisenjahr 2009 erwarten und nur 18 Prozent mit schlechteren Geschäften rechnen (vgl. iwd 20/2010).

Allerdings hellt sich die Lage nicht für alle Unternehmen gleichermaßen auf – wie die Ergebnisse der IW-Umfrage ebenfalls deutlich machen. Große Unterschiede ergeben sich bereits daraus, dass längst nicht alle Betriebe von der Wirtschaftskrise betroffen waren (Grafik). Insgesamt bekamen 59 Prozent der befragten Unternehmen die Rezession zu spüren. Doch während 75 Prozent der Investitionsgüterhersteller unter dem Konjunktureinbruch zu leiden hatten, gilt dies nur für 54 Prozent der Dienstleister und lediglich für 42 Prozent der Baufirmen.

Diejenigen Unternehmen, die in Turbulenzen gerieten, brauchen allerdings offenbar noch länger, um wieder an gute Zeiten anknüpfen zu können:

Eine Mehrheit von 53 Prozent der krisengeplagten Firmen geht nicht davon aus, dass ihr Geschäftsvolumen in diesem oder im kommenden Jahr wieder das Niveau vor der Rezession erreicht.

Als Maßstab dafür, wann sie die Krise als überwunden betrachten könnten, nennen dabei 35 Prozent der betroffenen Unternehmen ihr Ergebnis des Jahres 2007 – für 38 Prozent ist 2008 der Fixpunkt.

Besonders langsam vollzieht sich der Aufschwung in den Baubetrieben und den Investitionsgüterfirmen, von denen 62 bzw. 60 Prozent das Vorkrisenniveau voraussichtlich weder 2010 noch 2011 erreichen werden. Im Dienstleistungssektor äußern nur 46 Prozent der Unternehmen diese Befürchtung.

Die hinsichtlich einer kurzfristigen Erholung pessimistischen Betriebe gehen wiederum recht unterschiedliche Wege, um ihre Kapazitäten an die schwierige Lage anzupassen. Die meisten halten

allerdings einen Personalabbau für unvermeidlich:

Von denjenigen Unternehmen, die 2010 und 2011 die Krise noch nicht überwinden können, planen 70 Prozent, ihre Mitarbeiterzahl zu reduzieren.

Dies gilt insbesondere für große Firmen, von denen 76 Prozent aufgrund anhaltender Probleme Stellen streichen müssen, sowie für Unternehmen des Investitionsgüterbereichs (79 Prozent).

Mit 66 Prozent verzichten fast ebenso viele Betriebe, denen das Comeback schwerfällt, vorerst auf Investitionen zur Modernisierung ihrer Anlagen oder Geschäftsausstattung. Vor allem kleine und mittelgroße Firmen – das sind jene mit bis zu 500 Mitarbeitern – (70 Prozent) sowie Dienstleistungsunternehmen (72 Prozent) gehen diesen Weg.

Bemerkenswert ist, dass die krisengeschüttelten Unternehmen meist auf Sparvorhaben verzichten, die längerfristig ihre Wettbewerbsfähigkeit besonders stark beeinträchtigen könnten:

So setzen nur jeweils 22 Prozent der Betriebe, die noch mit den Folgen der Rezession kämpfen, den Rotstift bei der Weiterbildung bzw. den Ausbildungsplätzen an.

Am größten ist der Anteil der Firmen, die in nächster Zeit weniger Lehrstellen anbieten werden, bei den kleinen und mittleren Firmen (25 Prozent) sowie den Betrieben des Bau- und Investitionsgütersektors (jeweils 27 Prozent).

Noch seltener tasten die Firmen, die noch länger auf den Aufschwung warten müssen, ihr Forschungs- und Entwicklungsbudget an – lediglich 16 Prozent wollen hier sparen. Offensichtlich soll kein Zukunftspotenzial verspielt werden. Allerdings können manche Betriebe hier auch einfach deshalb keine Abstriche machen, weil sie ohnehin kaum selbst an neuen Produktideen tüfteln.

Konjunktur: Krisenfirmen sparen mit Bedacht

Antworten in Prozent

Ist Ihr Unternehmen merklich von der aktuellen Wirtschaftskrise betroffen?

Ja: 59

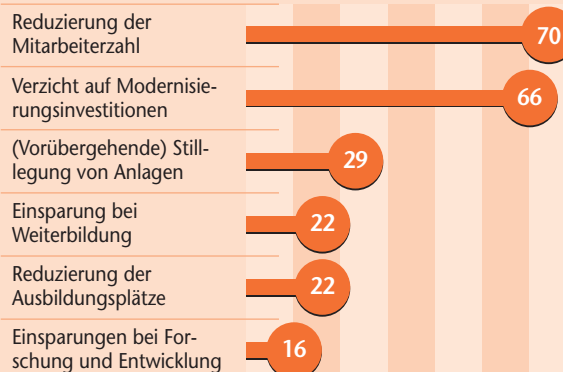
Nein: 41

Falls ja: Erwarten Sie, dass die Wirtschaftsleistung Ihres Unternehmens 2010 oder 2011 das Niveau vor der Krise wieder erreicht?

Ja: 47

Nein: 53

Falls nein: Welche Kapazitätsanpassungen stehen in Ihrem Unternehmen an?



Mehrfachnennungen; Quelle: IW-Befragung von 1.515 Unternehmen in Westdeutschland und 518 Unternehmen in Ostdeutschland im April/Mai 2010

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Steuereinnahmen

Nur vorübergehend weniger

Reflexartig haben nach der Steuerschätzung Anfang Mai Finanzminister und Kämmerer begonnen, über die wegbrechenden Einnahmen zu klagen – auf den ersten Blick zu Recht. Denn die Steuereinnahmen sollen von 2010 bis 2013 um insgesamt 38,9 Milliarden niedriger ausfallen, als noch bei der vorherigen Schätzung im November veranschlagt wurde. Dennoch gibt es keinen Grund zur Panik. Denn die Steuerschätzer prognostizieren dem Fiskus für 2014 ein neues Allzeithoch bei den Steuereinnahmen – und das, obwohl die Experten nur eine moderate konjunkturelle Entwicklung unterstellt haben.

Wenn die Ergebnisse einer Steuer-schätzung auf den Tisch kommen, gibt es von Seiten der Politik eigentlich nur zwei Reaktionsmuster:

– Steigen die Steuereinnahmen unerwartet stark an, setzen die Regierenden auf allen Ebenen gerne neue Projekte aufs Gleis. Eine Rückführung der Staatsschulden steht dagegen meist nicht auf der Agenda.

– Tritt das in der Vergangenheit prognostizierte Wachstum der Einnahmen nicht oder nur in geringerem Umfang ein, wird gejammert, weil jetzt das Geld für die neuen Programme fehlt.

Aktuell ist wieder einmal Letzteres der Fall. Nach der jüngsten Steuerschät-

zung können von 2010 bis 2013 knapp 39 Milliarden Euro weniger ausgegeben werden als ursprünglich erwartet. Die Politiker sollten allerdings nicht so tun, als wären sie von der Entwicklung völlig überrascht worden. Denn 33 Milliarden Euro an Steuerausfällen haben sie selbst beschlossen (Grafik Seite 5).

Die größten Aufkommenseinbußen sind auf das im November 2009 verabschiedete Wachstumsbeschleunigungsgesetz zurückzuführen (Kasten). Dadurch fließen pro Jahr zwischen 8 und 9 Milliarden Euro weniger in die öffentlichen Kassen. Dabei wirkt sich die Erhöhung des Kindergelds am stärksten aus:

Das zusätzliche Kindergeld wird direkt aus dem Lohnsteueraufkommen entnommen, wodurch die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden jährlich um 3,5 bis 4 Milliarden Euro niedriger ausfallen.

Zusammen mit dem auf 7.008 Euro erhöhten Kinderfreibetrag summieren sich die Steuerausfälle auf 4,3 bis 4,7 Milliarden Euro pro Jahr.

Ökonomen haben diese Aktion schon im Vorfeld kritisiert: Das damit beabsichtigte Ziel, die private Nachfrage zu stärken, könne die fiskalischen Kosten nicht kompensieren.

Die konjunkturbedingten Steuerausfälle sind gegenüber den politisch verursachten fast schon zu vernachlässigen. Sie betragen zwischen 2011 und 2013 lediglich 1,1 bis 5,6 Milliarden Euro. In diesem Jahr wird die wirtschaftliche Entwicklung sogar besser laufen als von den Schätzern noch im November 2009 erwartet – und dem Fiskus ein Plus von immerhin 4,8 Milliarden Euro beschern.

Die einzelnen Steuerquellen sind dabei in den kommenden Jahren unterschiedlich ergiebig:

Unternehmens- und Gewinnsteuern.

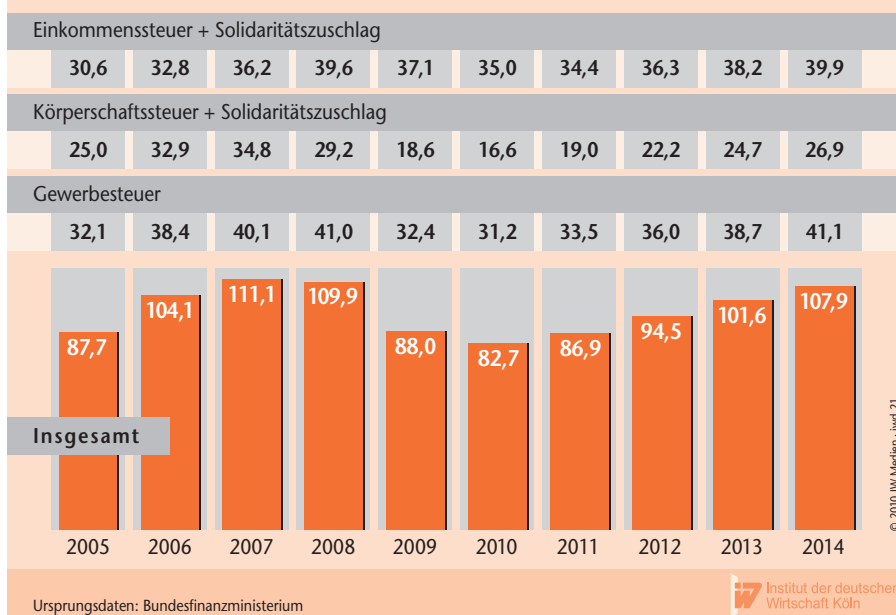
Sie atmen quasi mit der konjunkturellen Entwicklung. Ihr Aufkommen stieg mit dem Wirtschaftsboom bis zum Jahr 2007 deutlich an, um danach einzubrechen. Vor allem die Körperschaftssteuer – sie wird vorrangig von Aktiengesellschaften getragen – hat sich von 2008 bis 2010 fast halbiert (Grafik). Denn unter der weltweiten Rezession litten und leiden vor allem große Firmen, die eng mit der Weltwirtschaft verflochten sind.

In den kommenden Jahren dürften mit der wirtschaftlichen Erholung die Einnahmen aus der Körperschaftssteuer jedoch wieder kräftig zulegen, auch wenn 2014 das Vorkrisenniveau nicht ganz erreicht wird.

Gewerbsteuer. Die Einnahmen daraus sind im Krisenjahr 2009 nur um ein Viertel gesunken. Dass die Kommunen, die Hauptnutznießer der Steuer, mit einem blauen Auge davongekommen

Unternehmenssteuern: Die fetten Jahre kommen wieder

Steuerschätzung vom Mai 2010, in Milliarden Euro



sind, ist wahrscheinlich auf die Unternehmenssteuerreform im Jahr 2008 zurückzuführen. Seitdem sind nämlich verstärkt gewinnunabhängige Elemente der Steuer unterworfen – z.B. gezahlte Mieten und Leasingraten.

Anders als ursprünglich vermutet, haben diese Elemente die Unternehmen zusätzlich belastet – und das in einer Zeit, in der die Ertragslage schlecht war. Es ist also eingetreten, was Politiker nicht wahrhaben wollten: Die Substanz der Firmen wurde in der Krise kräftig besteuert.

Insgesamt erreichen die Unternehmenssteuern nach Ansicht der Schätzer 2014 in etwa wieder das Niveau von 2008.

Lohnsteuer. Stabilisierend für die öffentlichen Haushalte wirkt die Entwicklung der Lohnsteuer. Sie ging 2009 nur um etwa 7 Milliarden Euro oder knapp 5 Prozent zurück – dank des relativ robusten Arbeitsmarkts.

In diesem Jahr allerdings brechen die Einnahmen aus der Lohnsteuer noch einmal um 10 Milliarden Euro ein. Dies ist neben dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz noch auf zwei weitere Korrekturen im Steuerrecht zurückzuführen:

Zum einen können seit Jahresanfang die Krankenversicherungsbeiträge voll vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden. Allein dadurch fehlen dem Fiskus in diesem Jahr 8,3 Milliarden Euro, mittelfristig sogar rund 12 Milliarden Euro.

Zum Zweiten hat – fast unbemerkt von der Öffentlichkeit – mit dem Konjunkturprogramm II 2009 und 2010 eine kleine Einkommenssteuerreform stattgefunden. Dabei wurde der Grundfreibetrag in zwei Stufen erhöht und der Einkommenssteuertarif so weit verändert, dass die kalte Progression 2009 und 2010 ausgeglichen wurde (Kasten). Beides mindert das Steueraufkommen jährlich um jeweils rund 3 Milliarden Euro.

Mittelfristig reißen diese Reformen allerdings keine großen Löcher in die Kassen. Denn die Lohnsteuereinnahmen werden nach der Wirtschaftskrise wieder kräftiger sprudeln. Die Steuerschätzer rechnen ab 2011 mit Zuwächsen von rund 5 Prozent jährlich. Im Jahr 2014 soll dann ein Rekordaufkommen von fast 145 Milliarden Euro erzielt werden.

Steueraufkommen: Ausfälle durch Gesetzesänderungen

Das der Fiskus bis 2013 fast 39 Milliarden Euro weniger einnimmt als noch im vergangenen Jahr vermutet, ist nur zu einem kleinen Teil der schlechten Konjunktorentwicklung geschuldet. Der größte Teil ist auf Gesetzesänderungen – vor allem das Wachstumsbeschleunigungsgesetz – zurückzuführen.

in Milliarden Euro

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Insgesamt
Steueraufkommen	524,0	510,3	515,0	539,8	561,3	581,5	
Abweichung von der jeweils letzten Schätzung	(ist)	-1,2	-11,7	-12,3	-13,7	-38,9	
davon:							
Gesetzesänderungen		-6,0	-10,6	-8,1	-8,1	-32,8	
Schätzabweichungen		4,8	-1,1	-4,2	-5,6	-6,1	

Quelle: Bundesfinanzministerium

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien - iwd 21

Wachstumsbeschleunigungsgesetz

Das Gesetz begünstigt vor allem folgende Personengruppen:

Familien. Die Steuerfreibeträge für jedes Kind stiegen zum 1. Januar 2010 von 6.024 auf 7.008 Euro. Davon profitieren vor allem Besserverdienende. Für Familien mit geringem Einkommen wurde das Kindergeld um 20 Euro angehoben.

Erben. Geschwister sowie Nichten und Neffen kommen in den Genuss geringerer Steuersätze. Anstatt der bisher geltenden 30 bis 50 Prozent Erbschaftssteuer beträgt der Tarif nur noch 15 bis 43 Prozent – abhängig von der Höhe des geerbten Vermögens. Für Firmenerben sind Vergünstigungen bei der Erbschaftssteuer zwar weiterhin an die Unternehmensfortführung und den Erhalt von Arbeitsplätzen gekoppelt, doch die einzuhaltenden Fristen wurden verkürzt.

Hotelbetreiber. Für Übernachtungen in Hotels, Pensionen oder Gasthöfen sind statt 19 Prozent nur noch 7 Prozent Mehrwertsteuer fällig.

Unternehmen. Unter anderem wurden die Bestimmungen zum Abzug von Zinsaufwendungen („Zinsschranke“) gelockert. So können z.B. Zinszahlungen bis 3 Millionen Euro unbeschränkt bei der Gewinnermittlung abgezogen werden.

Kalte Progression

Die kalte Progression ist eine Steuermehrbelastung, die den Teil einer Lohnerhöhung betrifft, der die Inflation ausgleicht. Durch den progressiven Einkommenssteuertarif ist eine höhere Steuer fällig, obwohl der Steuerpflichtige nicht über mehr Kaufkraft verfügt, real also nicht steuerlich leistungsfähiger geworden ist.

Ein Beispiel: Bei einem zu versteuernden Einkommen von 40.000 Euro sind bei einem Alleinstehenden 9.007 Euro Einkommenssteuer fällig. Das Nettoeinkommen beträgt 30.993 Euro. Steigen die Preise und das Einkommen anschließend einheitlich um 2 Prozent, verdient der Single ein Jahr später 40.800 Euro. Darauf zahlt er 9.297 Euro Steuern. Netto verbleiben jetzt 31.503 Euro, inflationsbereinigt aber nur 30.885 Euro. Der Steuerpflichtige hat also real 113 Euro weniger in der Tasche – trotz der Lohnerhöhung.

Mehrwertsteuer. Sie ist neben der Energiesteuer die einzige große Steuerquelle, die selbst in der Wirtschaftskrise ungebremst sprudelt. Für dieses Jahr werden mit 180 Milliarden Euro sogar 3 Milliarden Euro mehr erwartet als 2009. Das weitere Wachstum des Mehr-

wertsteueraufkommens verläuft aber nicht so dynamisch wie das der Lohnsteuer. Im Jahr 2014 wird mit 195 Milliarden Euro zwar ebenfalls ein neues Allzeithoch erwartet, die jährlichen Wachstumsraten sind mit 2 bis 3 Prozent aber vergleichsweise bescheiden.

E-Business-Standards

Noch viel Potenzial

Knapp die Hälfte aller deutschen Unternehmen wickelt heute Geschäftsprozesse in Einkauf, Vertrieb oder Logistik über elektronische Netze ab. Die Firmen tauschen mit ihren Geschäftspartnern zum Beispiel Produkt- und Katalogdaten aus, nutzen Online-Shops oder übermitteln Bestellungen, Lieferdaten und Rechnungen digital. Sogenannte E-Business-Standards spielen vor allem für Großunternehmen eine wichtige Rolle.*)

E-Business-Standards stellen sicher, dass die Informationen, die Geschäftspartner untereinander und mit Kunden austauschen, einheitlich im richtigen Format, an der richtigen Stelle und zur richtigen Zeit zur Verfügung stehen. Dazu legen die Standards exakt fest, wie Daten zwischen den beteiligten Systemen ausgetauscht werden. Die Regelungen bilden damit die Grundlage für effiziente elektronische Prozesse.

Dennoch nutzt in Deutschland derzeit nur etwa ein Drittel aller Unternehmen mit elektronischen Geschäftsprozessen E-Business-Standards. Immerhin gut ein Zehntel plant dies innerhalb der kommenden zwei Jahre, wie die Studie „E-Business-Standards in Deutschland“ im Auftrag von PROZEUS zeigt.

Allerdings sind es bisher hauptsächlich große Firmen, die auf E-Business und die entsprechenden Standards setzen:

Während 63 Prozent der Unternehmen mit mehr als 499 Mitarbeitern bereits mit E-Business-Standards ar-

PROZEUS – Der neutrale Berater

PROZEUS fördert kleine und mittlere Unternehmen bei der Einführung und Umsetzung von E-Business-Anwendungen. Die vom Bundeswirtschaftsministerium finanziell geförderte Initiative wird betrieben vom GS1 Germany – Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum für unternehmensübergreifende Geschäftsabläufe sowie der IW Consult, der Consulting-Tochter des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. PROZEUS weist Firmen mit bis zu 500 Mitarbeitern unabhängig und neutral den Weg zu zukunftsfähigen und investitionssicheren E-Business-Lösungen, die auf kostengünstigen und international akzeptierten E-Business-Standards basieren.

beiten, sind es von den Unternehmen mit weniger als 100 Mitarbeitern lediglich 16 Prozent.

Vorreiter in Sachen elektronischer Geschäftsprozesse ist die Nahrungsmittelindustrie: Rund 43 Prozent der Betriebe dieser Branche nutzen E-Business-Standards. Den zweiten Platz teilen sich mit jeweils gut einem Drittel Anwender das Transport- und Logistikgewerbe sowie der Maschinenbau. Für die meisten Unternehmen sind Kundenwünsche ausschlaggebend dafür, elektronische Daten zu standardisieren und mit Geschäftspartnern auszutauschen (Grafik).

Generell gilt: Der Nutzen von E-Business-Standards steigt mit der Zahl der Geschäftspartner und -transaktionen. Viele der befragten Unternehmen sehen

eCl@ss – Ein Standard

Einer der wichtigsten E-Business-Standards ist eCl@ss. Er sorgt weltweit durch Verschlagwortung, Synonymverknüpfungen sowie die numerische Bezeichnung von Produkten und Dienstleistungen für eine reibungslose Kommunikation zwischen Geschäftspartnern. Die im Verein eCl@ss zusammengeschlossenen Mitglieder – große Automobilhersteller, Chemieunternehmen und Technologiefirmen – stufen ihre Erzeugnisse konzernweit nach diesem Standard ein und wickeln ihre elektronischen Geschäftsprozesse darüber ab. Im Dezember 2010 wird der eCl@ss-Verein zehn Jahre alt; er begrüßte im April bereits das 100. Mitglied.

den größten Vorteil in den beschleunigten Geschäftsprozessen und der verbesserten Datenqualität.

Allerdings klappt manches bislang nicht reibungslos: Es gibt noch zu viele unterschiedliche Standards, die weder national noch international ausreichend harmonisiert sind, was den Datenaustausch zwischen den Unternehmen behindert. Die Vielzahl der existierenden Formate schreckt vor allem kleine und mittlere Firmen ab. Häufig können Unternehmen auch weder Nutzen noch Kosten von Standards einschätzen – und führen diese dann gar nicht erst ein. Besonders kleine und mittlere Betriebe haben deshalb einen erhöhten Informationsbedarf.

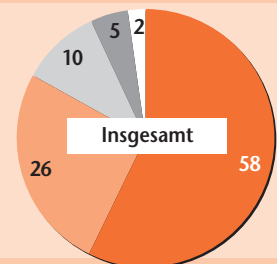
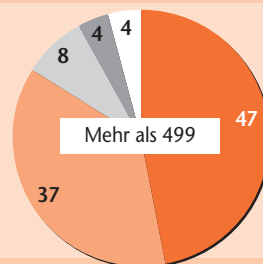
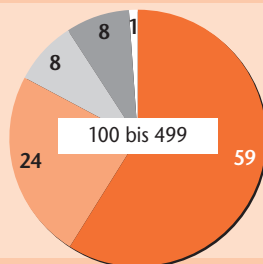
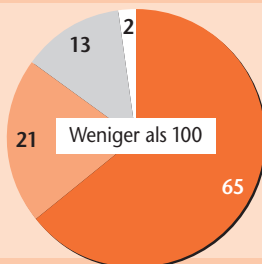
*) Vgl. E-Business-Standards in Deutschland, Download unter: www.prozeus.de

E-Business-Standards: Meist auf Kundenwunsch

Unternehmen organisieren ihren Vertrieb, die Logistik oder Einkäufe häufig über elektronische Geschäftsprozesse mit einheitlichen Verfahrensweisen, sogenannten E-Business-Standards.

So viel Prozent der Unternehmen mit ... Mitarbeitern arbeiten vor allem aus diesen Gründen mit E-Business-Standards

-  Kundenwunsch
-  Eigener Wunsch
-  Zuliefererwunsch
-  Auf Wunsch von Unternehmensverbänden
-  Sonstige



Südafrika

Ein Kick für das Wachstum

Die globale Krise hat auch vor Südafrika nicht haltgemacht. Zwar dürfte die Wirtschaftsleistung 2010 wieder steigen. Doch um Probleme wie die hohe Arbeitslosigkeit zu lösen, sind weitere Wachstumsimpulse erforderlich. Die Hoffnungen ruhen dabei vor allem auf den durch die Fußball-Weltmeisterschaft angestoßenen Investitionen sowie einem stärkeren Engagement ausländischer Unternehmen.

Die Fußballfans fiebern dem großen Ereignis entgegen – am 11. Juni startet die Weltmeisterschaft. Zum ersten Mal findet das Turnier in Afrika statt, genauer gesagt: in Südafrika.

Die Besucher der Spiele werden zu Gast sein in einem Land, das mit knapp 50 Millionen Einwohnern und einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von fast 290 Milliarden Dollar die größte Volkswirtschaft des Schwarzen Kontinents ist. Verglichen etwa mit Europa ist die Wirtschaftskraft allerdings recht niedrig: Um Kaufkraftunterschiede bereinigt betrug das südafrikanische BIP je Einwohner 2009 lediglich gut 10.000 Dollar – die ärmsten Länder der Eurozone, Portugal und die Slowakei, kommen dagegen auf eine Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung von mehr als 21.000 Dollar.

Um den Wohlstand im Land am Kap zu steigern, ist ein weiteres kräftiges Wirtschaftswachstum unabdingbar. Die Zahlen der vergangenen Jahre stimmen durchaus hoffnungsvoll – von 2000 bis 2008 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im jährlichen Schnitt um 3,6 Prozent. Zudem hinterließ die jüngste globale Krise nicht allzu tiefe Spuren (Grafik):

Die reale Wirtschaftsleistung Südafrikas schrumpfte 2009 zwar um 1,8 Prozent, doch 2010 dürfte wieder ein Plus von 2,6 Prozent erzielt werden.

Vom weiteren Trend hängt auch ab, ob die Regierung in Pretoria das Problem der Arbeitslosigkeit in den Griff bekommt. Offiziell liegt die Quote bei 25 Prozent – angesichts schlechter Jobchancen melden sich jedoch viele Südafrikaner gar nicht mehr bei den Behörden,

sodass die Gewerkschaften von 40 Prozent Arbeitslosen ausgehen.

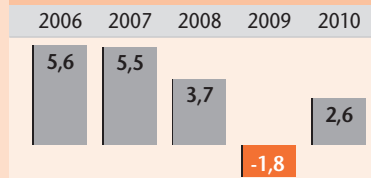
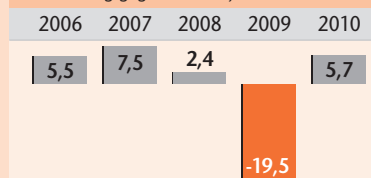
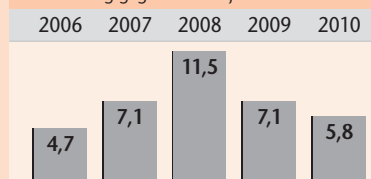
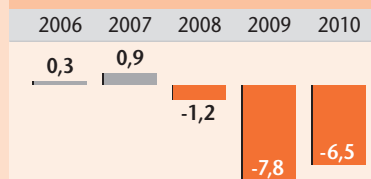
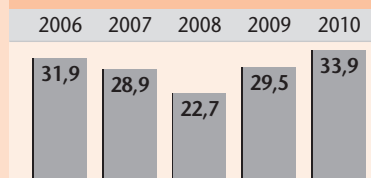
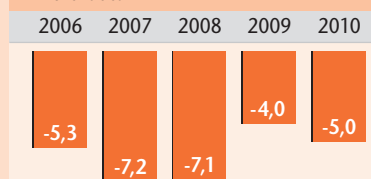
Das große Fußballfest dürfte da keine Wunder bewirken – Experten beziffern das direkte zusätzliche Wachstum durch die WM lediglich auf 0,5 Prozentpunkte, etwa aufgrund der Mehreinnahmen aus dem Tourismus. Allerdings könnte das weltweit beachtete Sportereignis das Land mittelfristig durchaus voranbringen – und zwar auf zwei Wegen:

- **Investitionen.** Um die Ball-Artisten und ihre Anhänger gebührend empfangen zu können, hat sich Südafrika ins Zeug gelegt und nahezu 4 Milliarden Dollar für neue Stadien, Verkehrswege etc. ausgegeben – immerhin 1,3 Prozent des BIP. Doch die Regierung will offenbar auch nach der WM am Ball bleiben und bis 2012 weitere Milliardenbeträge in die Modernisierung des Landes stecken, unter anderem in den Ausbau der Stromversorgung. Werden diese Pläne realisiert, verbessern sich die Voraussetzungen für ein solides Wirtschaftswachstum deutlich.

- **Imagegewinn.** Sofern das Fußballturnier reibungslos und friedlich verläuft, könnte es das Image des immer wieder von Rassenkonflikten gebeutelten Landes aufpolieren helfen. Dann, so hoffen die Verantwortlichen, werden sich auch noch mehr ausländische Investoren an der Südspitze Afrikas engagieren und dort zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

Die investitionsbereiten Unternehmen wären in Südafrika in guter Gesellschaft – immerhin sind große deutsche Automobilfirmen wie BMW und Daimler bereits mit Produktionsstätten vor Ort vertreten. Insgesamt legten ausländische Unternehmen in den Jahren 2000 bis 2008 durchschnittlich 3,5 Milliarden Dollar pro Jahr im diesjährigen WM-Land an.

Zum Vergleich: Bei ähnlich hoher Wirtschaftsleistung verbuchte Griechenland im selben Zeitraum jährlich nur 2,1 Milliarden Dollar Direktinvestitionen, das in einer ähnlichen Größenordnung rangierende Portugal allerdings 5 Milliarden Dollar.

Südafrika:
Inflation bleibt hochReales Bruttoinlandsprodukt (BIP)
Veränderung gegenüber Vorjahr in ProzentReale Exporte
Veränderung gegenüber Vorjahr in ProzentVerbraucherpreise
Veränderung gegenüber Vorjahr in ProzentHaushaltssaldo
in Prozent des BIPSchuldenstand
in Prozent des BIPLeistungsbilanzsaldo
in Prozent des BIP

Arbeitsmarkt

Flexibles Zeitmanagement sichert Jobs

Die Finanz- und Konjunkturkrise hat den deutschen Arbeitsmarkt bislang nur gestreift: Die Zahl der Menschen, die ihren Job verloren haben, hält sich noch in Grenzen. Dies wird in der öffentlichen Diskussion vor allem auf die Kurzarbeit zurückgeführt. Doch auch ein flexibles Zeitmanagement der Unternehmen durch weniger Überstunden und den Abbau von Arbeitszeitkonten hat den Arbeitsmarkt stabilisiert.

In vielen anderen Ländern ist das Problem der Arbeitslosigkeit im Zuge der Wirtschaftskrise deutlich drängender geworden: In den USA und in Irland etwa hat sich die Zahl der Arbeitslosen seit Mai 2007 mehr als verdoppelt. Der deutsche Arbeitsmarkt dagegen zeigte sich bisher weitgehend unbeeindruckt vom Rückgang des Bruttoinlandsprodukts – im 3-Jahres-Rückblick nahm die Zahl der Arbeitslosen sogar ab. Dieses Phänomen hat im Wesentlichen zwei Ursachen:

1. Zwar wurden im Jahr 2009 in einigen Branchen massiv Stellen abgebaut: In der Zeitarbeit zum Beispiel verloren zwischen September 2008 und September 2009 rund 150.000 Menschen ihren Job. Auch einige Metallbranchen und der Großhandel büßten jeweils mehr als 30.000 Arbeitsplätze ein. Doch in manch anderen Sektoren gab es Beschäftigungsgewinne, die den krisenbedingten Jobab-

Arbeitszeit: Zuletzt stark gesunken

Veränderung der jährlichen Arbeitszeit je Beschäftigten gegenüber Vorjahr, in Stunden

	Insgesamt	davon durch Ab- oder Aufbau von		
		Arbeitszeitkonten	Überstunden	Kurzarbeit
1996	-20,6	-0,9	-7,2	-1,2
1997	-12,4	0,2	-1,1	1,6
1998	-5,5	0,7	0,7	1,3
1999	-12,0	0,7	0,0	0,2
2000	-19,5	2,5	0,9	0,2
2001	-11,9	0,3	1,8	-0,5
2002	-9,8	-1,5	-1,7	-1,1
2003	-5,4	-2,9	-1,8	0,1
2004	3,6	-2,2	-2,0	0,4
2005	-9,4	1,2	-2,3	0,5
2006	-2,6	1,4	-0,4	1,2
2007	2,1	1,3	0,1	-0,1
2008	-1,0	-0,9	-3,0	-0,3
2009	-43,5	-8,9	-9,9	-13,4

Rest: Urlaub, Krankenstand, Feiertage, Teilzeit usw.
 Ursprungsdaten: IAB, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

bau unterm Strich annähernd kompensierten. So stieg die Zahl der Arbeitnehmer in der öffentlichen Verwaltung, im Gesundheits-, im Bildungs- und im Sozialwesen insgesamt um rund 200.000 an.

2. Selbst in Branchen, die von der Krise voll erwischt wurden, ging die Beschäftigung nur moderat zurück – ein Umstand, der den Flexibilisierungsinstrumenten des Arbeitsmarkts zu verdanken ist: Statt die Zahl der Arbeitnehmer in Zeiten sinkender Nachfrage zu reduzieren, verkürzen die Unternehmen die Arbeitszeit je Mitarbeiter.

Im Krisenjahr 2009 etwa sank die Zahl der insgesamt in Deutschland geleisteten Arbeitsstunden um 3,2 Prozent – das ist der stärkste Rückgang, den der gesamtdeutsche Arbeitsmarkt jemals verzeichnete.

Den Unternehmen, die das Arbeitsvolumen verringern wollen, ohne in großem Stil Mitarbeiter entlassen zu müssen, stehen dafür hauptsächlich folgende Instrumente zur Verfügung:

Kurzarbeit. Durch die enorme Ausweitung der Kurzarbeiterzahl von 100.000 im Jahr 2008 auf über 1,1 Millionen im

Jahresdurchschnitt 2009 reduzierte sich die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer um über 13 Stunden (Grafik). Dies entsprach fast einem Drittel des gesamten Arbeitszeitrückgangs.

Überstunden. Tendenziell ist die Zahl der Überstunden in Deutschland rückläufig. Im Krisenjahr 2009 leisteten Arbeiter und Angestellte im Jahresschnitt sogar fast zehn Überstunden weniger als 2008. Auf das Konto der Wirtschaftskrise gingen dabei rund neun Stunden.

Arbeitszeitkonten. Auch die Guthaben auf den Arbeitszeitkonten sind im vergangenen Jahr geschmolzen: Im Durchschnitt buchte jeder Arbeitnehmer fast neun Stunden von seinem Konto ab.

All diese Instrumente haben allerdings eine Kehrseite: Wenn die Konjunktur anzieht und die Nachfrage nach Arbeit wieder steigt, werden die Unternehmen zunächst nur die Arbeitszeit der bereits Beschäftigten ausweiten. Zu nennenswerten Neueinstellungen dürfte es selbst bei einem kräftigen Wirtschaftswachstum vorerst nicht kommen.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Für Adressaufkleber